

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 30. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses**

vom:	<b>06.03.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>18:05 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Siegen, Ratssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Haupt- und Finanzausschuss

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender  
Boller, Joachim  
Dreisbach, Jürgen  
Elter, Uwe  
Fries, Traute  
Holzäpfel, Dr., Heinz  
Kirchhöfer, Karl Wilhelm  
Köhl, Siegfried  
Moll, Ilona  
Mues, Gunter  
Otto, Günter - für Stv Bertelmann, Hans-Günter  
Panthöfer, Ulrich - für Stv Schulte, Werner  
Rothenpieler, Wilhelm  
Schiemer, Hansgeorg - ab TOP 5 nöT  
Schneider, Manfred - für Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

##### II. Beratende Mitglieder:

Walter, Klaus-Volker

##### III. Vom Personalrat:

VA Fronius

IV. Von der Verwaltung:

StR Dr. Rohr  
StBR Brune  
Städt. VD Kühn  
Städt. VD Lehmann  
Städt. VR Dorsch  
Städt. VR Weber  
VA Schneider  
Dipl.-Ing. Weidt  
Städt. VR Schneider  
Städt. VR Reisch  
Dipl.-Ing. Krieger  
Städt. VR Sondermann  
VA Weber  
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Bertelmann, Hans-Günter  
Schulte, Werner  
Dr. Stötzel, Wolfgang

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um Punkt 4.2 im öffentlichen Teil und Punkt 6.5 im nichtöffentlichen Teil erweitert.

Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Punkt 3 des nichtöffentlichen Teils in öffentlicher Sitzung zu behandeln wird einstimmig zugestimmt.

**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Boller bestimmt.

**30. HFA 06.03.2002**

## **2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 30.01. und 13.02.2002**

Bezug nehmend auf die Niederschrift vom 13.02.2002, TOP 6.2 - Stellenplan - weist Herr Kirchhöfer darauf hin, dass unter dem Antrag der SPD-Fraktion die Einrichtung von zwei befristeten Stellen in der Abteilung Hochbau ergänzt werden muss.

Die Niederschriften werden unter Berücksichtigung v. g. Ergänzung bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**30. HFA 06.03.2002**

## **3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

**30. HFA 06.03.2002**

## **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

### **4.1. Wohnentwicklungsbereich Oberer Wellersberg**

- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2002

Herr Kirchhöfer weist darauf hin, dass eine Änderung der Planung auch Auswirkungen auf das Wohnbauflächenkonzept hat und durch eine entsprechende Entscheidung des Rates dokumentiert werden sollte.

Für Herrn Boller ist die Antragsbegründung nicht ausreichend für eine Entscheidung. Seines Erachtens sollten zunächst die neuen Planungen der DRK-Kinderklinik in den Gremien vorgestellt werden. Erst dann können die planerischen Veränderungen in diesem Bereich und sowie der Erhalt des Spielplatzes und des Bolzplatzes am derzeitigen Standort oder eine Verlagerung beurteilt werden.

Herr Schneider merkt an, dass die Planung für den Bereich Oberer Wellersberg im Wohnbauflächenkonzept an oberste Priorität gesetzt wurde. Eine positive Beschlussfassung über den Antrag hätte eine völlig neue Situation zur Folge, die in den zuständigen Gremien zu beraten ist.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, in Ergänzung bzw. Abänderung der Vorlage Nr. 1536/01 - Wohnbauentwicklungsbereich Oberer Wellersberg - folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Der Plan, auf der Konversionsfläche im Bereich der ehemaligen Kasernen Wohnbauten zu errichten, wird nicht weiter verfolgt.
2. Der vorhandene Kinderspielplatz sowie die Sportanlage bleiben möglichst am jetzigen Standort erhalten.

Die überarbeitete Planung wird folgenden Gremien vorgelegt:

- Bauausschuss
- Haupt- und Finanzausschuss
- Rat

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (5 Stimmen dagegen - SPD, Grüne),  
0 Enthaltungen**

**30. HFA 06.03.2002**

#### **4.2. Ev. Nikolai-Kirche Siegen - Sanierung der Außenfassade des Turmes**

- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.02.2002

Herr Mues erläutert ergänzend, dass nicht nur das Krönchen, sondern auch der Kirchturm als historisches Wahrzeichen der Stadt Siegen gilt. Daher wird vorgeschlagen, einen Zuschuss zu den Instandsetzungskosten zu gewähren. Die Finanzierung sollte aus der Zahlung der ECE-Projektgruppe für die nicht ausgeführte Fassadengestaltung an der City-Galerie erfolgen. Er betont, dass die Beteiligung der Stadt Siegen keinesfalls als Unterstützung der Kirchengemeinde zu verstehen ist.

Herr Kirchhöfer gibt zu bedenken, dass ein Präzedenzfall geschaffen werden könnte. Er bittet, wie bei der Gewährung städtischer Zuschüsse üblich, die Kostenkalkulation vorzulegen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt den Vorschlag ab, so Herr Boller, da damit ein Präzedenzfall geschaffen wird. Im Übrigen hatte sich der Ältestenrat zunächst auf eine andere Verfahrensweise verständigt.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, zur Sanierung der Außenfassade des Kirchturms an der Nikolaikirche einen Zuschuss in Höhe von 20.000 € bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt aus der Zahlung der ECE-Projektgruppe für die Nichtausführung der Fassadengestaltung an der City-Galerie.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme Grüne),  
2 Enthaltungen (SPD)**

**30. HFA 06.03.2002**

**5. Errichtung einer neuen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung auf dem Bertramsplatz**  
**- Vorstellung der Baupläne -**

Vorlagennr. 1633/2001, 1633/2001 A und 1730/2002 - Vorlagen vom 10.12.2001, 08.01.2002 und 06.02.2002

Herr Mues hält fest, dass sich die Kritik der CDU-Fraktion nicht gegen die Einrichtung selbst richtet, sondern ausschließlich gegen die erhebliche Kostensteigerung. Der aktuelle Vorschlag liegt weit über dem vom Rat festgelegten Rahmen. Die Argumentation, dass nunmehr auf Grund der höheren Kosten auch ein höherer Zuschuss gewährt werden kann und sich dies letztlich positiv auf den Stadtanteil auswirkt, ist nicht akzeptabel. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass eine weitere Kostensteigerung ausgeschlossen ist. Festzuhalten ist auch, dass eine Inanspruchnahme von Flächen über die jetzige Grundstücksfläche hinaus nicht in Betracht kommt.

Herr Kirchhöfer fühlt sich bei nachträglicher Betrachtung hinsichtlich der seinerzeitigen Kostenangaben getäuscht und bringt sein Missfallen zum Ausdruck. Die SPD-Fraktion befürwortet nach wie vor die Maßnahme als solche und wird dem Vorschlag zustimmen. Eine Realisierung sollte im Jahr 2003 erfolgen. Er teilt die Auffassung, dass eine weitere Inanspruchnahme des Bertramsplatzes nicht in Betracht kommt und die Neugestaltung der Platzfläche nicht zur Disposition steht.

Herr Boller bemängelt die schleppende zeitliche Umsetzung und erinnert daran, dass vor 5 Jahren bei der Aufgabe des Hauses der Jugend ein schneller Ersatz für dieses Angebot zugesagt wurde. Nunmehr soll eine Umsetzung schnellstmöglich erfolgen.

Die F.D.P.-Fraktion wird sich dem Projekt grundsätzlich nicht verschließen, so Herr Walter. Zukünftig wird eine Zustimmung bei ähnlichen Maßnahmen nur dann erfolgen, wenn die Kosten genau bekannt sind. Die Erwartung höherer Landeszuweisungen kann nicht als Argument angeführt werden, da alle öffentlichen Mitteln sparsam eingesetzt werden müssen.

Herr Bürgermeister Stötzel weist hinsichtlich der Finanzierung darauf hin, dass der erste Bewilligungsbescheid vorliegt, der zweite jedoch erst nach Genehmigung des Landeshaushaltes zu erwarten ist. Dem vorzeitigen Maßnahmebeginn wurde zugestimmt. Er schlägt vor, nun nahezu alle Gewerke zusammen auszuschreiben, um eine größtmögliche Kostensicherheit zu erhalten. Vor Vergabe der Aufträge muss jedoch die Finanzierung sicher gestellt sein.

- ◆ Es besteht Konsens dahingehend, dass
  - eine weitere Kostensteigerung nicht akzeptiert wird und
  - eine über die Grundstücksfläche hinausgehende Inanspruchnahme des Bertramsplatzes nicht in Betracht kommt.

### **Beschluss (mit Ergänzung):**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt der sich auf Grund der Kinder- und Jugendbeteiligung neu ergebenden Planung für das Gebäude Sandstraße 54 unter dem Gesichtspunkt der erhöhten Landesförderung zu.

Die Maßnahme ist in Kombination mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen unter Einbeziehung der "Neuen Arbeit Siegerland" durchzuführen. Dabei sind geeignete Gewerke in Höhe von mindestens 20 % der Gesamtkosten durch die NAS zu erbringen.

Zu Erlangung einer größtmöglichen Kostensicherheit wird vor Baubeginn eine nahezu vollständige Ausschreibung (ca. 90 %) aller Gewerke erfolgen.

Die Vergabe der Bauleistungen erfolgt erst nach der Sicherstellung der Finanzierung

### **Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

#### **6.      **Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.**           **- Beratungsstelle für Suchtkranke****

Vorlage Nr. 1582/2001- Vorlage vom 21.11.2001

Herr Mues bittet namens der CDU-Fraktion, die Entscheidung zur diesem und dem folgenden Tagesordnungspunkt zurückzustellen und zu beiden Vorlagen die Fallzahlen nachzureichen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob die städtischen Leistungen in Abhängigkeit zu den Fallzahlen gestellt werden können bzw. ob eine Aufteilung in einen Grundbetrag und eine fallzahlengedundene Variable möglich ist. Die CDU-Fraktion möchte die Überprüfbarkeit der Leistungen sichergestellt wissen. Zur Vorlage Nr. 1583/01 sollte zusätzlich geprüft werden, inwieweit eine Betreuung nicht in Siegen ansässiger Personen vorgenommen und wie die finanzielle Beteiligung gestaltet wird.

Herr Kirchhöfer wirft die Frage auf, ob in Anbetracht des Zeitablaufes nicht doch eine substanzielle Überprüfung erforderlich ist und nicht nur eine Fortschreibung vorgenommen wird.

Herr Dr. Rohr führt aus, dass Jugendhilfeausschuss eine Reorganisation der Förderstrukturen initiiert hat, die u. a. eine Anpassung an den tatsächlichen Bedarf, regelmäßige Überprüfungen etc. beinhaltet. Wenn die Verhandlungsergebnisse nicht akzeptiert werden, sollte zunächst der Fachausschuss noch einmal beteiligt werden.

Herr Mues betont, dass insbesondere die Möglichkeit einer Aufteilung in einen Fixkostenanteil und einen fallzahlenabhängigen Anteil angestrebt werden sollte. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Frage der Betreuung auswärtiger Personen und die finanzielle Beteiligung Dritter. Gegen eine Zurückverweisung an den Fachausschuss bestehen keine Bedenken.

- ◆ Die Vorlage wird zur erneuten Beratung an den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen zurückverwiesen.
- ◆ Die Vorlage wird zurück an den Fachausschuss verwiesen.

**7.      Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.  
          - Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen**

**VORLAGE NR. 1583/2001!!! Weil die schon archiviert war, musste eine neue Nr. vergeben werden.**

Vorlagennr. 1583/2001- Vorlage vom 21.11.2001

Auf die Beratung unter Punkt 6 wird verwiesen.

- ◆ Die Vorlage wird zurück an den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen verwiesen.

**8.      Hilfe zur Arbeit (Kommunale Beschäftigungsförderung)**

**Bezugsvorlage Nr. 1413/01**

Vorlagennr. 1744/2002

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**9.      Haushalt 2001;  
          hier: Entscheidung über die Bildung von Haushaltsresten im Jahresabschluss 2001**

Vorlagennr. 1771/2002 - Vorlage vom 20.02.2002

Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Verwaltungsvorschlag insgesamt unausgewogen, so Herr Boller.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Bildung von Haushaltsresten nach den Anlagen 1 (Verwaltungshaushalt) und 2 (Vermögenshaushalt) der Vorlage zu.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung****10. Sachstandsbericht der Projektgruppe Aufgabenkritik**

Vorlagennr. 1770/2002 - Vorlage vom 21.02.2002

Herr Bürgermeister Stötzel führt aus, dass die Verwaltung heute eine Zwischeninformation zur Aufgabenkritik vorlegt und für weitere Vorschläge offen ist. Darüber hinaus wird ein halbjährlicher oder jährlicher Bericht über das weitere Vorgehen angeboten. Alle in der Konkretisierung befindlichen Maßnahmen werden mit dem Personalrat und der Gleichstellungsstelle abgestimmt. Neben den aufgelisteten Maßnahmen werden weiterhin mögliche Einsparpotentiale durch Organisationsuntersuchungen überprüft. Bei allen Bemühungen darf aber nicht unbeachtet bleiben, dass bereits erhebliche Einsparungen erzielt werden konnten. In Anbetracht der vorgegebenen gesetzlichen Aufgaben und der damit verbundenen Ausgaben, z. B. im Sozialetat, ist der Spielraum für Einsparungen verhältnismäßig begrenzt.

Herr Kirchhöfer nimmt Bezug auf die Präsenz der Verwaltungsbeschäftigten in Ausschusssitzungen (Maßnahme Nr. 111) und ist der Auffassung, dass eine Prüfung nicht erforderlich, sondern vielmehr durch den Bürgermeister eine Festlegung zu treffen ist. Zu Maßnahme Nr. 45 müsste kurzfristig ein Ergebnis möglich sein, da die Thematik bereits seit längerem diskutiert wird. In der Gesamtbetrachtung ist der Bericht für ihn nicht sonderlich zufriedenstellend und führt zu keinen neuen Erkenntnissen.

Herr Mues ist der Auffassung, dass die Beratung nur als 1. Lesung betrachtet werden kann. Inhaltlich zeigt der Bericht nur wenig Neues. Im Teil 1 hätte er umfassendere Vorschläge erwartet. Einige Maßnahmen im Teil 3 können seines Erachtens ohne größere Überprüfungen umgesetzt bzw. Aufgaben ausgelagert werden. Beispielsweise führt er die Nummern 7, 86, 88 und 109 an. Die übrigen Punkte sollten unter Berücksichtigung der notwendigen Beteiligungen zügig bearbeitet werden. Eine halbjährliche Berichterstattung hält er für sinnvoll.

Herr Schneider ist der Meinung, dass in einem vergleichbaren Wirtschaftsunternehmen eine Vielzahl von Maßnahmen bereits umgesetzt wäre. Bei der Maßnahme Nr. 14 ist zu bedenken, inwieweit der Stellplatznachweis für das Rathaus Geisweid erfüllt ist. Maßnahme Nr. 18 kann bei Sperrung bestimmter Nummern sofort realisiert werden, Maßnahme Nr. 115 bei Änderung der Reinigungsleistungen und Einführung kostenpflichtigen Nutzung. Die Begründung unter Maßnahme Nr. 17 ist für ihn nicht nachvollziehbar, diesbezüglich hält er eine erneute Prüfung für erforderlich.



Herr Bürgermeister Stötzel hält fest, dass im Vergleich zu früheren Jahren nicht mehr alle Serviceleistungen angeboten werden können, da die notwendigen Kapazitäten nicht mehr vorhanden sind. Er hält es für zweckmäßig, die gesamte Thematik auch im Hinblick auf die Beibehaltung bzw. Reduzierung von Standards im Ältestenrat noch einmal aufzuarbeiten. Gemeinsame Zielsetzung sollte einerseits die Umsetzung notwendiger Rationalisierungsmaßnahmen und andererseits der bestmögliche Service für die Bürgerinnen und Bürger sein.

- ◆ Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den 1. Sachstandsbericht der Projektgruppe Aufgabenkritik zur Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister, die aufgezeigten Maßnahmen weiterzubetreiben.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich  
Fachbereich 1/1  
Bearbeitet von:

Datum  
19.12.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bezirksausschuss IV - Mitte</b>	<b>10.01.2002</b>
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>17.01.2002</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>21.01.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>30.01.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>06.03.2002</b>

Betreff:

**Errichtung einer neuen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung auf dem Bertramsplatz  
- Vorstellung der Baupläne -**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt die Vorentwurfsplanung zur Errichtung einer neuen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung auf dem Bertramsplatz gemäß der in Anlage 1 zur Vorlage dargestellten Form.

Auf dieser Basis sind die Ausführungspläne sowie die entsprechenden Leistungsverzeichnisse zu erstellen.

Die Maßnahme ist in Kombination mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen unter Einbeziehung der "Neuen Arbeit Siegerland" durchzuführen. Dabei sind geeignete Gewerke in Höhe von mindestens 20 % der Gesamtkosten durch die NAS zu erbringen. Die übrigen Bauleistungen sind gemäß VOB auszuschreiben.

Mit dem ersten Bauabschnitt der Jugendfreizeiteinrichtung mit Kosten in Höhe von 281 T€ soll schnellstmöglich begonnen werden; der zweite Bauabschnitt wird unter dem Vorbehalt der Gewährung einer 90 %-igen Landeszuwendung zu den Gesamtkosten von 729 T€ beschlossen.

### **Sachverhalt / Begründung:**

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

@IVA@

@NAM@  
@FUN@

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Fachbereichsleiter 5  
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>19.02.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>28.02.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>06.03.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>23.05.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>05.06.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>19.06.2002</b>

Betreff:

**Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen  
Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.  
- Beratungsstelle für Suchtkranke**

**URSPRÜNGLICH: VORLAGE NR. 1582/2001!!! Weil die schon archiviert  
war, musste eine neue Nr. vergeben werden.**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungs-  
vertrag einschließlich Anlage zu.

### **Sachverhalt / Begründung:**

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Fachbereichsleiter 5  
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>19.02.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>28.02.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>06.03.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>23.05.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>05.06.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>19.06.2002</b>

Betreff:

**Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.  
- Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen**

**URSPRÜNGLICH: VORLAGE NR. 1583/2001!!! Weil die schon archiviert war, musste eine neue Nr. vergeben werden.**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlage zu.

### **Sachverhalt / Begründung:**

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Fachbereichsleiter 5  
Bearbeitet von: Herrn Fischer/Herrn Hülsmann/Herrn Liedtke

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen**

**28.02.2002**

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**06.03.2002**

---

Betreff:

**Hilfe zur Arbeit (Kommunale Beschäftigungsförderung)**

**Bezugsvorlage Nr. 1413/01**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Rahmen des Konzeptes Hilfe zur Arbeit

- A) 20 Plätze (Laufzeit 3 Monate, dann alternierend) / 80 Plätze pro Jahr für gemeinnützige und zusätzliche Arbeit nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in Kooperation mit der Neuen Arbeit Siegerland gGmbH zu schaffen. Der damit verbundene sozialhilferechtliche Mehrbedarf wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gewährt. Die Kosten außerhalb der Bestimmungen nach dem BSHG betragen 250,00 € pro Sozialhilfebeziehenden pro Monat = 60.000,00 € p. a. (Modul 1);
- B) 20 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, davon
- 10 Plätze Neue Arbeit Siegerland gGmbH
  - 5 Plätze Siegener Recycling Werkstätten gem. GmbH
  - 3 Plätze TÜV Akademie Rheinland GmbH
  - 2 Plätze Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein/Olpe

zu schaffen.

Die maximale Laufzeit der Arbeitsverträge wird auf 18 Monate begrenzt. Die ersparten Sozialhilfearaufwendungen werden zur Mitfinanzierung der Arbeitsverträge durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Verfügung gestellt. Die städtischen Kosten betragen pro Arbeitsvertrag / Monat 800,00 € / max. 14.400,00 € pro Arbeitsvertrag = 192.000,00 € p. a. (Modul 2).



**Sachverhalt / Begründung:**

Ausgangslage für diese Vorlage sind die Verw.-Vorlage Nr. 1413/01 v. 4.9.2001; AfSFS 26.9.2001, die Verw.-Vorlage 1413/01 A/ 22.11.2001 einschl. Anlagen; AfSFS 4.12.2001, Verw.-Vorlage Nr. 1744/02, AfSFS 28.2.2002 sowie die entsprechenden politischen Beratungen.

Darüber hinaus sind Ausgangslage die Ergebnisse der Abstimmungs- und Vorbereitungsgespräche mit den möglichen freien Trägern (5.3.2002 und 22.3.2002) sowie die Abstimmungsgespräche mit der Arbeitsverwaltung (11.2.2002 und 3.4.2002).

Des weiteren wurden Gespräche mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein bzgl. der Einordnung der städtischen Hilfen zur Arbeit in die Gesamtstruktur der kommunalen Hilfen zur Arbeit vorgenommen sowie die Frage der Einbringung der eingesparten Sozialhilfe in die Refinanzierung geklärt.

Durch den Aufbau von städtischen Hilfen zur Arbeit könnte bereits jetzt die Grundlage einer notwendigen Struktur für eine angedachte *Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe* (Umstrukturierung der Arbeitsverwaltung) geschaffen werden.

Das im folgenden vorgeschlagene Modulkonzept ist in seinen Grundzügen bereits in der Verw.-Vorlage Nr. 1744/02, AfSFS 28.2.2002 vorgestellt und diskutiert worden. Die Verwaltung wurde auf dieser Basis und den vorgeschlagenen finanziellen Rahmenbedingungen beauftragt, entsprechende Gespräche mit den möglichen freien Trägern vorzunehmen.

Zur besseren Übersichtlichkeit werden in dieser Vorlage noch einmal die wesentlichen konzeptionellen Grundlagen und die zu erwartenden monetären Auswirkungen dargestellt.

Darüber hinaus ist als Anlage ein tabellarischer Vergleich der Ausgangsangebote beigelegt.

**Zielsetzungen der städtischen Hilfen zur Arbeit**

Zielsetzung für die städtischen Hilfen zur Arbeit ist die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mit Qualifizierungsanteilen für Sozialhilfebeziehende. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten ist die Besonderheit der städtischen Hilfen zur Arbeit in Relati-

on zu den meisten weiteren kommunalen Hilfen zur Arbeit und steht somit nicht in Konkurrenz zu den diversen Qualifizierungsmaßnahmen.

Darüber hinaus lässt der städtische Ansatz der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten - neben der angestrebten Reintegration in den Arbeitsmarkt - auch ordnungspolitische „Mitnahmeeffekte“ durch das Angebot an gemeinnütziger Arbeit erwarten.

Zur Ermittlung des Potentials an geeigneten Personen in der Sozialhilfe und zum zielgenauen Einsatz der kommunalen Mittel waren im Vorfeld notwendig:

1. **Bestandsanalyse:** Welche Personenkreise haben auf Grund von Motivations- und Qualifikationsdefiziten erhebliche Schwierigkeiten wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und
2. **Angebotsanalyse:** Mit welchen Unterstützungsmaßnahmen kann der Zugang zur Beschäftigung und zu Qualifikationsmaßnahmen erfolgversprechend erreicht werden (2. Arbeitsmarkt) bzw. die Integration in den 1. Arbeitsmarkt verbessert werden.

### Zielgruppen der städtischen Hilfe zur Arbeit

Die Zielausrichtung **berufliche Integration mittels Orientierung, Motivierung, Erhöhung der Qualifikation und Beschäftigung** gewinnt vor dem Hintergrund der Kostenintensität des Anteils folgender Personengruppen an der Gesamtheit der Sozialhilfebeziehenden zunehmend an Bedeutung und ist bei der Auswahl der Angebotsstrukturen vordergründig zu berücksichtigen:

**A) Langzeitarbeitslose**, bei denen eindeutig ein oder mehrere Vermittlungshemmnisse vorhanden sind und bei denen die Bereitschaft, aktiv und eigenverantwortlich den Lebensunterhalt durch Aufnahme von Arbeit zu bestreiten, einer weiteren Aufbereitung bedarf (Anteil am gesamten Arbeitskräftepotential bei den Leistungsberechtigten von Hilfe zum Lebensunterhalt: **54%**, Anteil am Gesamtbestand: 16,6%)

**B) Alleinerziehende** mit dem vorgenannten Profil und bei denen die Kinderbetreuung ein zusätzliches Vermittlungshemmnis darstellt (Anteil **12%** bzw. 3,8%)

Für diese Klientel wird für die Laufzeit die Kinderbetreuung sichergestellt. Dies geschieht entweder perspektivisch durch den Träger direkt oder durch Möglichkeiten der Sozial- bzw. Jugendverwaltung.

Auf Grund der vorangegangenen Überlegungen, der erarbeiteten Konzepte (freie Träger und Verwaltung) und den resultierenden politischen Beratungen stellt sich das nachfolgende modulare Konzept als erfolgversprechend heraus.

Ausgangspunkt dazu ist, die Zielgruppe für die städtischen Hilfen zur Arbeit in erster Linie auf Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende zu beschränken, da:

1. Diese Personengruppen **besondere Vermittlungshemmnisse** aufweisen, so dass sie i.d.R. nicht vom Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ des Kreises Siegen-Wittgenstein bzw. des entsprechenden Landesprogramms „Arbeit statt Sozialhilfe“ partizipieren können.
2. Diese Personengruppen im Bereich der Sozialhilfe für den kommunalen Haushalt **besonders kostenintensiv** sind.

Grundsätzliche Zielsetzung der städtischen Beschäftigungsförderung ist, für diese Personengruppen wieder Perspektiven auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt zu schaffen.

In jedem Fall jedoch werden für die TeilnehmerInnen wieder Ansprüche nach dem SGB III realisiert, so dass nach Abschluss der städtischen Maßnahme auch diese Personen wieder Ansprüche auf Qualifizierungsmaßnahmen des Arbeitsamtes und auch wieder Ansprüche auf Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe erwerben. Die Sicherstellung des Lebensunterhalts erfolgt also nicht weiter über die kommunal finanzierte Sozialhilfe.

Vorgeschlagen wird daher ein „2 Stufen Modell“.

## Modulkonzept

Das vorgestellte Modulkonzept wurde im bisherigen politischen Diskussionsverlauf nicht in Frage gestellt. Die Verwaltung wurde beauftragt auf dieser Basis mit den Trägern entsprechende Abstimmungsgespräche zu führen.

### ***Ergebnis der Abstimmungsgespräche mit den freien Trägern (5.3.2002 und 22.3.2002)***

1. Das Modulkonzept, wie in der Vorlage vom 20.2.2002 benannt, wird von den Trägern als realisierbar eingeschätzt. Die AWO, die Recycling - Werkstatt und die NAS werden sich an diesem Konzept beteiligen. Die TÜV-Akademie sieht sich jedoch - in Abgrenzung zur NAS - eher prädestiniert das Modul 1 mit seinen Profilinginhalten zu übernehmen. Sollte die NAS dieses Modul übernehmen, steht die TÜV-Akademie auch nicht für Leistungen aus Modul 2 zur Verfügung (vgl. Anlage).
2. Die finanziellen Zielvorgaben der Vorlage werden von den Trägern ebenfalls als knapp realisierbar eingeschätzt, unter der Voraussetzung, das mögliche Erlöse durch die Beschäftigungsverhältnisse zur Refinanzierung bei den Trägern verbleiben.
3. Die vorgeschlagenen Quotierungen für Modul 2 werden als konsensfähig erachtet, wobei die Quotierungen der TÜV-Akademie, sollte diese sich nicht an Modul 2 beteiligen, aufgeteilt werden sollen.
4. Von allen Trägern wird die genaue Schnittstellendefinition - Zugang zu Modul 1 durch die Sozialverwaltung und Zugang zu Modul 2 durch den Träger, der Modul 1 abwickelt - als wesentlich erachtet. Entsprechende Konzepte wurden diskutiert und abgestimmt.
5. Im Grundsatz wird das Modulkonzept und seine Teilnehmeranzahl als Einstieg in die städtischen Hilfe zur Arbeit gewertet, der im weiteren Verlauf durchaus ausbaufähig ist.

## Modul 1: Gemeinnützige und zusätzliche Arbeit

Die gemeinnützige und zusätzliche Arbeit bildet die Grundlage für das Modul 1. Verknüpft wird dieser Ansatz mit einer intensiven berufsbezogenen Eingangsberatung und der Erstellung eines individuellen Gesamtplans gem. § 19 BSHG.

Zielsetzung des individuellen Gesamtplans ist die Ausarbeitung einer Förderstrategie, unter Berücksichtigung der Kompetenzen und Defizite des jeweiligen Teilnehmers/der jeweiligen Teilnehmerin, mit der finalen Zielsetzung der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Für dieses so erweiterte Modul 1 sind entsprechende Kapazitäten im Bereich der Beratung, Unterstützung und Anleitung aber auch anteilhafte Sekretariats- bzw. Verwaltungskontingente notwendig. Um die erforderlichen Kompetenzen und Kontingente nicht mehrfach zu installieren (und damit auch die Kosten entsprechend zu vermehren), ist es sinnvoll, alle Leistungen des Modul 1 von einer zentralen Stelle erbringen zu lassen.

Auf Grundlage der vorliegenden Konzepte und der Erfahrungen in diesem Bereich stellt hierfür die kommunale Beschäftigungsgesellschaft „*Neue Arbeit Siegerland*“ den idealen Partner für die Stadt Siegen dar. Bei der „*Neuen Arbeit Siegerland*“ bestehen bereits Kapazitäten in diesem Bereich, die ausbaufähig sind.

Darüber hinaus bietet die „*Neue Arbeit Siegerland*“ ein breites Spektrum an Einsatzbereichen für eine mögliche berufliche Erstqualifizierung an (vgl. Anlage).

### ***Zugang zu Modul 1***

Der Zugang zu Modul 1 erfolgt über die städtische Sozialverwaltung in enger Abstimmung mit dem Träger, der die Leistungen des Modul 1 anbietet.

Ausgehend von den fachlichen Einschätzungen der Sozialverwaltung über die Erst- und Auswegsberatung wird ein strukturierter Fragebogen zur Hilfeplanung erarbeitet. Dieser Erhebungsbogen bildet die Grundlage für die individuelle Hilfeplanung (vgl. Anlage). Er beinhaltet:

- Angaben zur Person,
- zu möglichen Vermittlungshemmnissen,
- zu notwendigen Vorqualifizierungen,
- zur schulischen Biographie,
- zur beruflichen Biographie (Ausbildungen, Tätigkeiten usw.),
- zu weiteren Kenntnissen und Fertigkeiten,
- zu beruflichen Wünschen und
- eine Selbsteinschätzung über die individuellen Stärken und Schwächen.

### Leistungen und zeitliche Abfolge von Modul 1

Die Laufzeit des Modul 1 beträgt 13 Wochen. Die Leistungen und die zeitliche Abfolge stellt sich wie folgt dar (gem. Konzept der NAS, 22.3.2002, vgl. Anlage):

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich

Datum

Fachbereich 3/1

Bearbeitet von:

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**06.03.2002**

**Rat**

**24.04.2002**

---

Betreff:

**Haushalt 2001;  
hier: Entscheidung über die Bildung von Haushaltsresten im Jahresab-  
schluss 2001**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Bildung von Haushaltsresten nach den Anlagen 1 (Verwaltungshaushalt) und 2 (Vermögenshaushalt) der Vorlage zu.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	---	---

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen: